



Bern, 26. August 2025, Kick-Off-Tagung zur Nationalen Strategie gegen Rassismus und Antisemitismus

Isabella Huser

Schriftstellerin und Mitglied der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR)

Mir gehen zwei Themenkreise durch den Kopf, die von der neuen Strategie zur Geltung gebracht werden.

Und da ich hier als Jenische eingeladen bin zu sprechen, werde ich die beiden Themen auch aus spezifisch jenischer Perspektive betrachten:

Erstens: Die Bedeutung eines gemeinsamen Engagements.

Die Wirkung, die ein gemeinsames Arbeiten für eine möglichst rassismusfreie Gesellschaft hat, ist oft entscheidend, damit sich etwas ändert. Wir Jenischen können ein Lied davon singen.

Zum einen dort, wo es um Raum geht – Halte- und Durchgangsplätze für Menschen mit reisender Lebensweise – Plätze und die Möglichkeit, einen Spontanhalt einzulegen.

Raum ist heute reguliert. An den reisenden Bevölkerungsteil hat dabei niemand gedacht. Es fehlt an Plätzen und an Rücksichtnahme. Der Man gel ist akut.

Nun: Statt dass er behoben würde, herrscht ein Hin- und Zurückweisen der Zuständigkeiten zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden.

Und dies in einem rassismusbelasteten Bereich. Denn gerade reisende Leute sehen sich immer wieder rassistischen Angriffen und Gängeleien ausgesetzt. Nicht selten von Beamt*innen. Hier kann nur ein gemeinsames Engagement von Bund, Kantonen und Gemeinden, von jenischen und weiteren Akteur*innen Abhilfe schaffen.

Und der Geist der neuen Strategie begünstigt dies, wie mir scheint.

Letztlich geht es darum, und ich komme zum zweiten Punkt, dass Rassismus auch wahrgenommen wird.

Damit dies geschieht, muss zunächst die Vielzahl der Realitäten und das Spezifische jeder Realität wahrgenommen werden.

Die von der Fachstelle propagierte Strategie sieht vor, dass die Rassismusbekämpfung auf WISSEN abstützt: auf Fakten, Forschung, Studien, Erfahrungsberichten.

Wissen – und auch darüber können wir Jenischen ein Lied singen – Wissen wird indes in der Schweiz oft ganz ohne Scham missachtet.

Wie Sie wissen, ist eine aktuelle völkerrechtliche Untersuchung, abgestützt auf historische Forschung, zum Schluss gelangt, dass – ausgehend vom Pro-Juventute-Programm «Kinder der Landstrasse» – ein «Verbrechen gegen die Menschlichkeit» vorliegt. Verbrechen, mitgetragen von Bund, Kantonen, Gemeinden, Kirchenstellen und anderen mehr. Begangen an den Schweizer Jenischen mit dem Ziel, uns als Volksgruppe auszulöschen.

Wie nun hat der Bundesrat auf das völkerrechtliche Gutachten reagiert, das auf historische Forschung abstützt? –

Ich spreche hier nicht von Bundesrätin Baume-Schneider. Dank Öffentlichkeitsgesetz wissen wir, dass sie eine andere Haltung eingenommen hat.

Den Beschluss hat die Landesregierung aufgrund Interventionen des Bundesamts für Justiz und des EDA gefasst.

Also: Der Gesamtbundesrat hat zwar das Untersuchungsergebnis anerkannt – das Verdikt –, nicht aber die spezifischen Geschehnisse, die zum schweizerischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit geführt haben.

Stattdessen hat er das eingestandene Verbrechen in den Topf «fürsorgerische Zwangsmassnahmen» gepackt: Jenischenverfolgung und Verdinglichen von Kindern – alles dasselbe.

Auf diese Weise unterschlägt der Bundesrat bislang den Rassismus.

Und stellt sich damit gegen das WISSEN, die Fakten, die Forschung, erhärtete Erkenntnisse – kurz: die Geschichte.

Die Strategie, über die wir hier reden, setzt hingegen auf eine Rassismusbekämpfung, die auf WISSEN beruht – und setzt voraus, dass wir Rassismus, wo er sich manifestiert, auch wahrnehmen.

Eine Vorbedingung, damit die Würde von Menschen geschützt wird, die rassistisch oder antisemitisch angegriffen wurden und werden.

Damit wir 2031, wenn die Strategie ausläuft, etwas vorangekommen sein werden.